



Herrn

Dr. Dietmar Woidke

Ministerpräsident des Landes Brandenburg

Staatskanzlei

14473 Potsdam

Märkische Heide, 08.05.2016

Reform des Erneuerbaren Energie Gesetzes

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

wie wir der Presse entnehmen konnten, ist für den 12.05.2016 ein Bund-Länder-Gespräch zur Reform des EEG geplant.

Ein wichtiges Thema werden die Ausbauziele für die Windkraft an Land sein, die seit über einem Jahr den von der Bundesregierung festgelegten Ausbaukorridor gravierend überschreiten.

Im Hinblick auf die Gespräche am 12.05.2016 möchten wir Sie die vordringlichsten Erwartungen der Brandenburger Bürger wissen lassen:

- **den Bestrebungen der Windkraftindustrie nach Besitzstandswahrung ist nicht nachzugeben, sondern der ökonomischen und ökologischen Vernunft zu folgen.** Die unabhängige Wissenschaft (z.B. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage, die Monopolkommission, die wissenschaftlichen Beiräte von Finanz- und Wirtschaftsministerium, die Expertenkommission Forschung und Innovation des Bundestages u.a.) weist seit Jahren darauf hin, dass die auf 20 Jahre gewährten Preis- und Absatzgarantien für sogenannten „Ökostrom“ sowohl ökonomische, ökologische und soziale Verwerfungen als auch technische Probleme hervorgerufen haben.
- **Den ausufernden Ausbau der Windkraft sofort zu stoppen,** da die Kosten für dessen Förderung die Stromverbraucher als reine Zusatzkosten belasten und für unsere Industrie die internationalen Wettbewerbsbedingungen zu ihren Ungunsten verzerren.
- **Die Solidarisierung der Netzentgelte zu fordern,** da diese infolge von 3.700 installierten Windkraftanlagen den Strompreis in Brandenburg zum höchsten in Europa ansteigen ließen. Neue Anlagengenehmigungen würden

Spendenkonto:

Spreewaldbank eG Lübben
IBAN:

DE 9318 0926 8400 0201 8101

BIC: GENODEF33HAN

eine ungerechtfertigte weitere Reduzierung der Kaufkraft der Brandenburger bewirken - wie Sie selbst bereits im Juli 2014 geschrieben haben:

"Tatsächlich ist mit dem bisherigen EEG auch eine beispiellose soziale Umverteilung von unten nach oben verbunden. Oder glaubt jemand, es wären vor allem Arbeiter und kleine Angestellte, Rentner und Hartz-IV-Empfänger, die einträglich in Solarkraftwerke und große Windparks investieren? Die unbequeme Wahrheit lautet: Alle diese Menschen finanzieren über ihre Stromrechnung die Gewinne von Leuten mit, die sich Solardächer leisten können." (perspektive 21; Brandenburgische Hefte für Wissenschaft und Politik, H. 60, Juli 2014, S. 43)

- **Keinen Zubau an Windkraft- und Solarkapazitäten zuzulassen**, um ein Ansteigen der Entsorgungsgebühr für Überschussstrom zu vermeiden. Dessen Verklappung 2015 (4.700 Gwh) ins Ausland die Stromkunden 45 Mio € kostete und die Abregelung von Strom, der hätte produziert werden können, bezahlten die Stromkunden mit 200 Mio € im letzten Jahr. Mit ca. 1 Mrd. € bezahlten die Stromkunden die Netzentgeltbetreiber für den Schutz des Stromnetzes vor dem Blackout. Am heutigen Tag, 08.05.2016, weist die Strombörse ein **Minus von 21,3 Mio €** aus! Die Gesamtkosten des EEG-Systems werden für 2016 auf 31 Mrd.€ geschätzt – aus den Taschen der Bürger für Strom, der an der Börse keine 2 Mrd. € wert ist. Durch Ausbau in der Fläche ist keine Glättung des volatilen Stroms zu erreichen.

– **Mit sofortiger Anpassung der Waldgesetze, keine Windkraft in Wäldern zuzulassen**, da mit Weiternutzung der Braunkohle zur Grundlastsicherung keine Reduzierung der CO₂- Emissionen erreicht wird (Antwort der Landesregierung auf Anfrage Nr. 1071, Drucksache 6/2730). Die Zerstörung der einzigen natürlichen Kohlenstoffsенke würde somit den Klimaschutz sabotieren. Der desaströsen Zerstörung der Umwelt durch Windkraftanlagen ist unverzüglich Einhalt zu gebieten.

– **Im Interesse der Gesunderhaltung der Bürger und zum Schutz deren Lebensqualität** müssen die Abstände von Windkraftanlagen zu Wohnsiedlungen mindestens das 10 -fache von ihrer Höhe betragen.

Sehr geehrter Herr Dr. Woidke, gegen den ungehemmten Ausbau der Windindustrie haben sich allein im Land Brandenburg 98 Bürgerinitiativen formiert, die die laut Grundgesetz verbrieften Rechte der Bürger einfordern und nicht gewillt sind, zu deren Lasten und zu Lasten der Natur die derzeitige Abschöpfungsideologie der Bundesländer und die Bereicherung der Windkraftbranche ohne das Äquivalent einer versorgungssicheren und bezahlbaren Stromversorgung weiter mitzutragen. Die Energiewende bedingten Verwerfungen in den sozialen Strukturen belasten nicht zuletzt unsere Demokratie.

